

Montgomery dämpft Hoffnungen auf schnelle GOÄ-Reform

Der Präsident der Bundesärztekammer und die Landesgesundheitsministerin folgten einer Einladung der Freien Ärzteschaft zum berufspolitischen Nachmittag Anfang Oktober in Düsseldorf.

von Horst Schumacher

Die Diskussionsveranstaltung dauert bereits über zwei Stunden. Noch steht eine Schlange am Saalmikrofon. Der Arzt, der das Mikro zur letzten Wortmeldung erobert hat, sagt: „Seit 15 Jahren bin ich niedergelassen und ich sehe, wie systematisch die Vergütung der Ärzte abnimmt. Ich kann nicht verstehen, warum eines der besten Gesundheitssysteme der Welt so systematisch von der Politik über Jahre und Jahrzehnte zerstört wird.“

Die Äußerung warf ein Schlaglicht auf die Stimmung des Auditoriums bei der berufspolitischen Podiumsdiskussion der Freien Ärzteschaft (FÄ) Anfang Oktober in Düsseldorf, zu der FÄ-Präsident Martin Grauduszus den Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, und NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens begrüßte.

Unzufriedenheit mit dem Honorar

Die Zuhörerschaft konfrontierte die beiden – als „Systemvertreter“, wie es ein Diskutant formulierte – mit den Sorgen und Nöten ihres Alltags. Dabei war das beherrschende Thema die als zutiefst unbefriedigend empfundene Honorarsituation („Herr Montgomery, das Regelleistungsvolumen reicht nicht aus“). Daneben ging es zum Beispiel um die bürokratischen Abwege des Sozialrechts („Die Knappschaft will von mir neun Fragen zu einer Verordnung beantwortet haben, mit so einem Kram muss man sich rumschlagen“) oder die Gefährdung der individuellen Patient-Arzt-Beziehung („Wir sollen die Rationierung vor Ort exekutieren“). Die Rede war auch davon, das System müsse „grundlegend umgekrempelt“ werden.

BÄK-Präsident Montgomery zeigte Verständnis für die Kritik: „Wenn Sie es von



Der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Grauduszus (l.), begrüßte Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens und den Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, zur Podiumsdiskussion über die Zukunft der ambulanten ärztlichen Versorgung.

Foto: Susanne Mies/FÄ

außen betrachten, dann wirkt das vertragsärztliche Abrechnungssystem wie ein in sich geschlossenes Wahnsystem.“ Die Lösung sei allerdings nicht auf revolutionärem Wege sofort zu bekommen, sondern vernünftigerweise nur schrittweise umzusetzen. Die Freie Ärzteschaft, inzwischen auch mit sieben Mitgliedern in der Vertreterversammlung der KV Nordrhein vertreten, steht laut Montgomery vor der Alternative, ob sie ihren „Marsch durch die Institutionen“ fortsetzen und konstruktive Änderungen innerhalb des KV-Systems umsetzen will – oder ob letztlich der Ausstieg aus dem System der vertragsärztlichen Versorgung das berufspolitische Ziel ist: „Sie sollten sich die Frage stellen, ob Sie überhaupt noch in diesem System tätig sein wollen. Sie sind Teilnehmer an einem Vertragssystem. Wenn es für Sie so unerträglich ist, dann sollten Sie prüfen, ob Sie diesen Vertrag nicht von sich aus kündigen.“

Verschiebung der Gewichte?

Die Agenda des neuen BÄK-Präsidenten ist weniger von solchen Zukunftsszenarien als realpolitisch geprägt. Ganz oben steht das Versorgungsstrukturgesetz, das sich im parlamentarischen Verfahren befindet. Die sogenannte ambulante spezialärztliche Versorgung, so wie sie Anfang Oktober im Gesetzentwurf stand, würde laut Montgomery

„zu einer erheblichen Verschiebung der Gewichte zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten führen“. Das sei weder beabsichtigt noch sinnvoll. Der BÄK-Präsident forderte eine „klare Grenzziehung zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten“. Die gegenwärtige Formulierung werde die BÄK nicht gutheißen.

Ein besonderes Anliegen Montgomerys ist die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Deswegen versuche die BÄK, sich mit der Privaten Krankenversicherung über die technischen Grundlagen der Kalkulation zu einigen, um dann den Verordnungsgeber zu einer Reform noch in dieser Legislaturperiode zu bewegen. Allerdings dämpfte der BÄK-Präsident alle Hoffnungen auf eine schnelle GOÄ-Novelle: „Meine persönliche Einschätzung, dass das gelingt, liegt im einstelligen Prozentbereich. Aber wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Wie Montgomery kritisierte auch NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens die geplante spezialärztliche Versorgung: „Damit werden nicht Schnittstellen für die Patientinnen und Patienten reduziert, sondern wir werden zusätzliche neue Schnittstellenprobleme bekommen“, sagte sie. Einmal mehr bekräftigte Steffens, dass die Benachteiligung der nordrhein-westfälischen Vertragsärzte bei der jüngsten Honorarreform ungerecht und ein Standortnachteil für NRW ist. Allerdings machte auch sie wenig Hoffnung auf schnelle Besserung.

Für langwierige Diskussionen ist nach Meinung von Martin Grauduszus angesichts der „unerträglich gewordenen Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit“ keine Zeit mehr. Der FÄ-Präsident sieht die wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzte, „die ja von der Bevölkerung gewollt wird“, als akut gefährdet an. „Wir müssen nicht die Zukunft regeln, sondern wir müssen das Jetzt erst einmal wieder auf stabile Beine stellen“, sagte er. Im Entwurf des Versorgungsstrukturgesetzes seien so gut wie keine Regelungen vorgesehen, um vorhandene Praxen zu halten. Grauduszus: „Wir sollten darüber reden, was wir jetzt aktuell verbessern können für diejenigen, die die Versorgung der Patienten bewerkstelligen.“